

# Ökonomische Analysen des Paarverhaltens aus der Lebensverlaufsperspektive und politische Implikationen\*

MIRIAM BEBLO UND CHRISTINA BOLL

Miriam Beblo, Universität Hamburg, E-Mail: miriam.beblo@wiso.uni-hamburg.de  
Christina Boll, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), E-Mail: boll@hwwi.org

**Zusammenfassung:** Eine auf Paarebene getroffene Entscheidung kann für die einzelnen Partner unterschiedliche Folgen haben, insbesondere in der mittleren bis langen Frist. Durch Spezialisierungsentscheidungen auf unbezahlte Care-Arbeit und den damit verbundenen Rückzug vom Arbeitsmarkt gehen vor allem Frauen finanzielle Risiken ein, die ihre materielle Sicherheit nicht nur aktuell, sondern auch im Alter bedrohen. Diese asymmetrische Dynamik kann Interessenskonflikte im Paar erzeugen, die mit ihren Folgen für die Gesellschaft (vor allem auf Kinderzahl und Pflegeleistungen) nicht mehr nur „Privatsache“ sind. Unser Beitrag verfolgt deshalb drei Ziele. Nach einer theoretischen Einführung in die Problemlage legt er erstens dar, in welchen zentralen Entscheidungssituationen (Fertilität, Arbeitsteilung und Einkommensverwendung) es empirische Hinweise auf Interessenskonflikte auf Paarebene gibt. Er trägt zweitens die Faktoren zusammen, die empirisch als maßgebliche „Entscheidungs- beziehungsweise Teilungsfaktoren“ in den genannten drei Entscheidungsbereichen identifiziert worden sind. Die Studie zeigt drittens die politischen Implikationen auf: Wo wirkt der Staat mittels steuer-, familien- und arbeitsmarktpolitischer Instrumente in das Verhalten der Paare hinein?

**Summary:** Couple decisions can have diverging consequences for the individual partners, particularly in the middle or long run. When specializing on unpaid care work, and thereby withdrawing from the labour market, women often incur financial risks that may threaten their material security at presence as well as in old age. This asymmetric dynamic may create conflicting interests within a couple beyond their private affair, due to the consequences for the society as a whole (as regards number of children and care responsibilities). The aim of our contribution is threefold. After a theoretical introduction we will first expose the main decision spheres (fertility, work division and use of income) with empirical evidence on conflicting intra-couple interests. Secondly, we will specify those factors that have been identified empirically as determinants of couples' sharing in the three decision spheres. Our study will thirdly derive political implications: Where does the state govern into couple behaviour by means of tax, family and labour market policy measures?

- JEL Classification: D13, H31, J13, J16, J223
- Keywords: Paarentscheidungen, Verhandlungen, Interessenskonflikte, Fertilität, Einkommensverwendung, Arbeitsteilung

\* Dieser Beitrag basiert zum Teil auf einer Kurzexpertise, die die Autorinnen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt haben (Beblo und Boll 2013). Dank gebührt einem/r anonymen Gutachter/in für sehr hilfreiche Kommentare.

## I Einleitung

Auf Paar-Ebene werden viele Entscheidungen getroffen, die in der Summe das Bild einer Gesellschaft prägen. Paare entscheiden darüber, wofür sie das verdiente Geld ausgeben wollen, ob sie Kinder bekommen wollen (und wenn ja: wie viele und wann), wie sie ihre Zeit auf Erwerbsarbeit, Haushalt und Freizeit aufteilen wollen, wie viel Geld und Zeit sie in Weiterbildung und Bildung ihrer Kinder investieren wollen, ob sie einen angebotenen Job annehmen oder einen neuen suchen, wann sie in Rente gehen wollen etc. Die Ergebnisse dieser auf der Mikroebene getroffenen Entscheidungen finden ihren Ausdruck in makroökonomischen Kennziffern wie beispielsweise der Geburtenrate, der Frauenerwerbsquote, der Sparquote oder dem durchschnittlichen Renteneintrittsalter. In all diesen Entscheidungssituationen – und die Liste ist sicher nicht vollständig – ist die Bedeutung des Haushaltskontextes empirisch evident. Der Staat ordnet manche Leistungen (zum Beispiel das Elterngeld) gezielt Individuen, andere wiederum dem Paar als Einheit zu. So bezieht sich die Bedarfsgemeinschaft zusammenlebender Personen nach SGB II auf die Paare-Ebene, und auch die Zusammenveranlagung verheirateter Partner bei der Einkommenssteuer basiert auf der Annahme, dass Partner gemeinsam wirtschaften.

Zahleiche empirische Untersuchungen belegen jedoch, dass diese Annahme systematisch verletzt ist. Partnerschaften gehen auseinander und Ehen werden geschieden, in Kombination mit der Tatsache, dass Dritte die nötigen Kompensationszahlungen für eingegangene ehebezogene Risiken nicht oder nur teilweise tragen und zudem auch darauf im Vorhinein nicht ausreichend Verlass ist. Hier knüpft unser Beitrag an und verfolgt dabei drei Ziele. Er will *erstens* darlegen, in welchen zentralen Entscheidungssituationen auf Paarebene es einschlägige empirische Hinweise auf Interessenskonflikte gibt. Wir beschränken uns hier auf die drei Entscheidungsbereiche Fertilität, Arbeitsteilung und Einkommensverwendung. Er will *zweitens* die Faktoren zusammentragen, die in multivariaten Analysen und verhaltenswissenschaftlichen Experimenten als maßgebliche „Entscheidungs- beziehungsweise Teilungsfaktoren“ in den genannten drei Entscheidungsbereichen identifiziert worden sind, weil sie einen Einfluss darauf haben, welcher Partner sich letztlich mit seinen Präferenzen durchsetzt. Die Studie will *drittens* die politischen Implikationen hieraus aufzeigen: Wo wirken politisch-rechtliche Rahmenbedingungen heute schon in die Machtbalance zwischen Partnern hinein?

Im Folgenden werden wir in Kapitel 2 zunächst unterschiedliche theoretische Betrachtungen von Paarentscheidungen erläutern und in Kapitel 3 für die genannten drei Entscheidungsbereiche einzeln darlegen, wie sich Interessenskonflikte empirisch äußern und wie sie paarintern gelöst werden. Die politischen Implikationen werden abschließend in Kapitel 4 diskutiert.

## 2 Theoretischer Hintergrund

In der Haushaltsökonomik verwendete man lange Zeit das sogenannte unitäre Modell (Samuelson 1956, Becker 1965), nach dem Partner entweder die gleichen Interessen verfolgen oder, sollten Interessenskonflikte bestehen, diese durch Ausgleichszahlungen ausräumen können. Derjenige Partner, der sich beispielsweise von der Familiengründung einen höheren Nutzen verspricht und/oder die geringeren Kosten hat als der andere Partner, kompensiert sein Gegenüber dergestalt, dass im Endergebnis beide Partner zufrieden sind (Becker 1965, 1981). So kann die Geburt eines Kindes für den Partner, der sich in den ersten Monaten und Jahren zeitintensiv

um das Kind kümmert, mit einer Verschlechterung seiner Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven am Arbeitsmarkt verbunden sein. Solange dieser Partner jedoch davon ausgehen kann, dass die außerehelichen Optionen für seinen Anteil an den ehedem gemeinsamen Gütern auch dann, wenn die Kinder groß sind, keine Rolle spielen werden, wird er nicht davor zurückschrecken, die Spezialisierung einzugehen. Die getroffene Entscheidung des Paares, in diesem Fall für die Familiengründung, wird als effizient bezeichnet, da kein Partner besser gestellt werden kann ohne zugleich den anderen schlechter zu stellen.

Die Wirkungsweise des unitären oder Einheitsnutzen-Modells lässt sich wie in Abbildung 1a dargestellt illustrieren.<sup>1</sup> Die Nutzenmöglichkeitenkurve des Haushalts gibt die Summe an Nutzenkombinationen der Partner an, die mit gegebenem Einkommen  $Y$  und gegebenen Preisen  $p$  erreichbar sind. Die Indifferenzkurven  $IND_1$  und  $IND_2$  hingegen repräsentieren jene Nutzenkombinationen der Partner, die ein konstantes Haushaltsnutzenniveau garantieren. Da weiter entfernt vom Ursprung liegende Indifferenzkurven ein höheres Haushaltsnutzenniveau darstellen, ergibt sich im Status quo vor Spezialisierung der Partner auf unterschiedliche Tätigkeiten (zum Beispiel aufgrund der Geburt eines Kindes oder der Pflegebedürftigkeit eines Familienmitgliedes) der Tangentialpunkt A von  $IND_1$  mit  $F_1$ , mit dem Nutzen  $U_1^m$  für den männlichen und  $U_1^f$  für den weiblichen Haushaltspartner. Beide innerehelichen individuellen Nutzenniveaus sind höher als die außerhalb der Ehe erreichbaren Nutzenniveaus  $D^m$  beziehungsweise  $D^f$ . Durch Nutzung von Skalenerträgen und Regelungen im Steuer- und Transfersystem kann der hinzugekommene Nutzen durch Spezialisierung größer sein als ihre (expliziten und impliziten) Kosten (durch Betreuung eines Kindes, Pflege eines Angehörigen et cetera). Der Nettowohlfahrtsgewinn äußert sich grafisch in einer Rechtsverschiebung der Nutzenmöglichkeitenkurve des Haushalts: Nicht mehr  $F_1$ , sondern  $F_2$  ist erreichbar. Vom Status quo (Punkt A) ausgehend, existieren mehrere Nutzenkombinationen, die eine Pareto-Verbesserung darstellen (gepunktete Fläche). Sein Nutzenmaximum erzielt der Haushalt im Tangentialpunkt B der neuen Nutzenmöglichkeitenkurve  $F_2$  mit der nun maximal erreichbaren Indifferenzkurve  $IND_2$ . Im Ergebnis ist das spezialisierungsbedingte innereheliche Nutzenniveau bei beiden Partnern höher als jenes ohne Spezialisierung ( $U_2^m > U_1^m$ ;  $U_2^f > U_1^f$ ).

Dies antizipierend, besteht für beide Partner ein Anreiz, die Spezialisierung einzugehen. Die asymmetrisch verschlechterte Einkommenserzielungsposition, die sich für die Frau aus der Vernachlässigung ihres marktnahen Humankapitals ergeben kann,<sup>2</sup> ist in diesem Modell entscheidungsirrelevant, da die paarinterne Verteilung von Ressourcen unverändert und unabhängig von sich ändernden äußeren Faktoren bleibt, das heißt der Ehevertrag annahmegemäß stabil ist (Becker 1960). Auch wird hier davon ausgegangen, dass die Partner ihre Einkommen zusammenlegen („income pooling“), sodass die Zuordnung von Einkommensbestandteilen und staatlichen Transferleistungen zu einzelnen Partnern ohne Maßgabe für die Verwendungsentscheidung ist. Lediglich eine Änderung des gesamten Haushaltseinkommens kann demnach das Verhalten des Paares beeinflussen, wie zum Beispiel eine Geburtenentscheidung, nicht aber die Höhe der individuellen Einkommen.

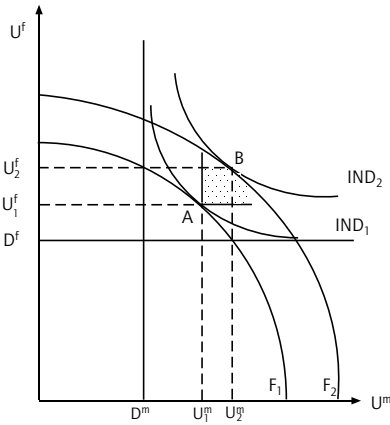
1 Diese Darstellungsweise findet sich nicht direkt in Beckers Werk. Stattdessen wurden dessen Annahmen von uns in einen verhandlungstheoretischen Kontext gestellt und interpretiert, um die Implikationen des Einheitsnutzen-Modells im Vergleich zum später entwickelten dynamischen Verhandlungsmodell zu verdeutlichen.

2 Die asymmetrische Verschlechterung der Optionen außerhalb der Partnerschaft trifft immer die auf häusliche, unbezahlte Tätigkeiten spezialisierte Person – dies kann theoretisch auch der Mann sein (ein empirisch allerdings seltenerer Fall).

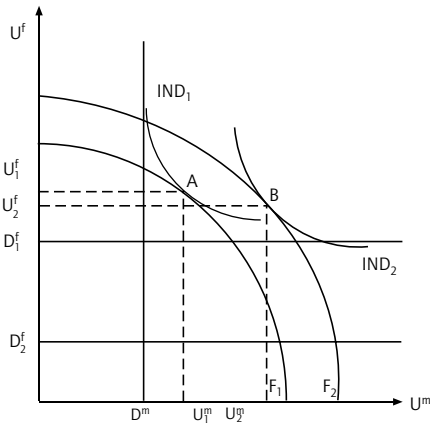
Abbildung 1

**Auswirkungen von Spezialisierung auf Haushaltsnutzen und Individualnutzen der Haushaltspartner**

a) Bei fixer paarinterner Verteilung



b) Bei variabler paarinterner Verteilung (dynamischer Bargaining-Ansatz)



Doch können Partner tatsächlich solche langfristig bindenden Absichtserklärungen treffen? Ist dies nicht der Fall, können Spezialisierungsentscheidungen mit mehr oder minder großen Risiken für den weiteren Lebensverlauf einzelner Partner verbunden sein. Eine verschlechterte Position auf dem Arbeitsmarkt kann außerhalb der Ehe, wenn beide Partner auf ihre eigenen Verdienstmöglichkeiten zurückgeworfen sind, für manche ein geringeres Wohlstandsniveau bedeuten. Dies voraussehend, werden Spezialisierungen, zum Beispiel auf Hausarbeit und Kinderbetreuung, eventuell nicht eingegangen: Kinder werden nicht geboren, obwohl beide Partner sich ein Kind wünschen. Die häusliche Pflege für einen Angehörigen wird nicht übernommen,

obwohl beide Partner diese Lösung wünschen. Das Ergebnis ist in diesen Fällen ineffizient, weil Optionen, die beide Partner besser stellen, nicht genutzt werden (Browning et al. 2006, Lundberg und Pollak 2003). Davon abgesehen interpretieren wir hier bewusst den Nutzensausgleich innerhalb des Paares – auch wenn er stabil und unabhängig von sich ändernden äußeren Faktoren bleibt – viel expliziter, als er von Gary Becker selbst formuliert wird. Tatsächlich bleibt bei ihm gerade die Nutzenaufteilung unter Eheleuten im Unklaren, während sie vor einer Eheschließung und nach einer Scheidung eine zentrale Rolle spielt. Somit bietet der Becker'sche Ansatz kein konsistentes Gesamtmodell, mit welchem auch intertemporale Zusammenhänge berücksichtigt und Konflikte innerhalb der Partnerschaft abgebildet werden könnten.

Das Konfliktpotential von intertemporalen Zusammenhängen zwischen heutigen Zeitverwendungsentscheidungen und morgigem Humankapitalstock wird dagegen in dynamischen Bargaining-Modellen abgebildet, beispielsweise im Modell von Ott (1992).<sup>3</sup>

Abbildung 1b stellt diesen Fall dar. Dieses Modell unterscheidet sich vom traditionellen Becker'schen Ansatz durch die Zielfunktion: Die im Falle eines Scheiterns der Beziehung maximal erzielbaren individuellen Nutzenniveaus der Partner sind als Konfliktauszahlungen Bestandteil der wie folgt darstellbaren kooperativen Nash-Lösung:  $\max_x N = [U^m(x) - D^m] * [U^f(x) - D^f]$ .<sup>4</sup> Der Parameter  $x$  steht für einen Vektor im Haushalt produzierter Güter, die zu einem Preisvektor  $p$  produziert werden.<sup>5</sup> Die Partner verhandeln untereinander Periode für Periode über die Aufteilung der produzierten Haushaltsgüter sowie über die Zeitverwendung auf Haus- und Erwerbsarbeit (und gegebenenfalls Freizeit). Dabei sind die üblichen Budgetrestriktionen zu beachten: Die Konsumsumme kann nicht höher als das Familieneinkommen  $Y$  sein ( $Y = x'p$ ); außerdem kann die Summe der zur Verhandlung stehenden Zeitverwendungen individuell nicht über einen 24-Stunden-Tag (abzüglich Regenerationszeiten) hinausgehen.  $U^m$  steht für den erzielten innerehelichen Nutzen des männlichen Partners,  $U^f$  für jenen des weiblichen Partners. Die Konfliktauszahlungen (Drohpunkte) entsprechen dem als Single bei verfügbarem Single-Einkommen ( $y^i$ ) und geltenden Preisen ( $p$ ) maximal erreichbaren Single-Nutzen:  $D^i(p, Y^i) = \max_x U^i(x)$  unter der Nebenbedingung  $Y^i = x'p$ . Jeder der beiden Partner lässt sich auf die Kooperation nur ein, wenn der im Haushalt erzielbare Nutzen höher als sein individuell als Single erzielbarer Nutzen ist ( $U^m(x) > D^m$ ;  $U^f(x) > D^f$ ).

Die Spezialisierung der Partner generiere in diesem Bargaining-Modell annahmegemäß denselben Nettowohlfahrtsgewinn des Haushalts wie im traditionellen Modell. Daher verändert sich auch hier die Nutzenmöglichkeitenkurve von  $F_1$  zu  $F_2$ . Im Unterschied zum traditionellen Modell hat die Spezialisierung der Frau auf Haus- und des Mannes auf Erwerbsarbeit hier jedoch Folgen für den Individualnutzen in Periode 2, der wiederum auf die Spezialisierungsentscheidung in Periode 1 zurückwirkt: Infolge ihres verminderten marktnahen Humankapitals und der

3 Ott (1992). Die Darstellung ist im Folgenden angelehnt an Boll (2011a: 172-176), und Beblo (2001a) und nimmt Bezug auf Ott (1995: 80-91), die eine vollständige Ausformulierung des Modells liefert. Alternative Modelle zu dynamischen Paarentscheidungen vor dem Hintergrund nichteinklagbarer Verträge wurden unter anderem von Basu (2006), Konrad und Lommerud (2000) und Wells und Maher (1996) vorgeschlagen.

4 Die Individualnutzen sind intertemporal additiv, sodass sich der Haushaltsnutzen eigentlich als Produkt der individuellen Heiratsgewinne aus beiden Perioden ergibt; das ausformulierte Modell in Ott (1995: 86).

5 Die multiplikative Verknüpfung der Heiratsgewinne zeigt auch in diesem Modell die Interdependenz der Individualnutzen an. Da der eigene Nutzen von dem vom Partner erzielten Nutzen abhängig ist, sind beide Partner an der Maximierung des Gesamtoutputs interessiert.

dadurch gesunkenen Einkommensperspektiven wäre für die Frau in Periode 2 außerhalb der Ehe maximal das Nutzenniveau  $D_2^f$  erreichbar. Ihre asymmetrisch verschlechterten Einkommenserzielungsmöglichkeiten vermindern nicht nur das naheheliche Nutzenniveau, sondern beeinträchtigen auch die Verhandlungsmacht der Frau während der Ehe: Die Güterverteilung verändert sich zu ihren Ungunsten, was sich grafisch in einer veränderten Neigung der Haushaltsnutzen-Indifferenzkurve im neuen Tangentialpunkt mit der Nutzenmöglichkeitenkurve niederschlägt: Die individuellen Präferenzen sind zwar unabhängig von der veränderten Verhandlungsmacht, aber die Durchsetzungskraft hat sich für die auf marktferne Tätigkeiten spezialisierte Person verringert. Unter den veränderten Umständen wäre die Auszahlung des Spiels für die Frau in der nachgeburtlichen Periode 2 nun das Nutzenniveau  $U_2^f$ , das niedriger ist als jenes im Status quo. Rational handelnde Individuen werden veränderte Auszahlungen in einer späteren Periode jedoch in ihren Entscheidungen in der aktuellen Periode berücksichtigen. Die Risiken des sinkenden Einkommenspotenzials vorhersehend, werden Frauen nicht bereit sein, sich – wie in statischer Betrachtung rational – vollständig auf Hausarbeit zu spezialisieren, sondern sie werden versuchen, stets „mit einem Bein im Beruf“ zu bleiben. Im dynamischen Modell ergibt sich deshalb eine von der traditionell-statischen Lösung abweichende Spezialisierungsentscheidung beziehungsweise Zeitallokation, die unter dem Gesichtspunkt der Nutzenmaximierung im gemeinsamen Haushalt suboptimal ist: Die Haushaltspartner verharren auf den durch Punkt A gekennzeichneten individuellen Nutzenniveaus, das Kind wird nicht geboren, der Angehörige wird nicht gepflegt, und mögliche Wohlfahrtsgewinne aus einer Steigerung der Haushaltsproduktion (Punkt B in Abbildung 1b) werden nicht realisiert.<sup>6</sup>

Mit den Verhandlungs- und kollektiven Modellen hat sich innerhalb der Haushaltsökonomik eine theoretische Grundlage etabliert, den Einfluss von Verhandlungsmacht einzelner Partner auf Paar-Entscheidungen abzubilden (Apps und Rees 1988, Bourguignon et al. 1993, Browning und Chiappori 1998, Chiappori 1988 und 1992, Chiappori und Ekeland 2001, Manser und Brown 1980, McElroy und Horney 1981, Sen 1983). Über einperiodische statische Modelle hinausgehend modellieren dynamische Ansätze nun auch die Feedback-Effekte antizipierter Verhaltensfolgen in künftigen Perioden auf heute zu treffende Entscheidungen, wie am Ott-Modell exemplarisch dargestellt. Empirisch versucht man den Einfluss von Verhandlungsmacht zu fassen, indem man bei annahmegemäß exogenen Präferenzen und beobachtbar unveränderter Budgetrestriktion des Paares insgesamt Veränderungen im Paarverhalten auf Veränderungen der die individuelle Verhandlungsmacht beeinflussenden Faktoren zurückführt (Browning et al. 1994).

Erhöht sich die außereheliche Wohlstandsposition eines Partners relativ zum anderen etwa deshalb, weil sich seine relative Arbeitsmarktposition verbessert oder politische Reformen zu einer Erhöhung seiner relativen Transferansprüche im Single-Fall führen, können diese Umstände seine innereheliche relative Verhandlungsmacht verbessern (Bourguignon et al. 2009, Haddad und Kanbur 1992). Er wird bei wiederkehrenden Entscheidungen wie der Einkommens- oder Zeitverwendung, bei Entscheidungen über weitere Kinder et cetera eher in der Lage sein, seine Interessen durchzusetzen. Als Drohpunkt kann allerdings auch ein nichtkooperatives Verhalten innerhalb der Ehe dienen, wie es Lundberg und Pollak (1993) mit ihrer „Theorie der separaten Sphären“ beschreiben.

6 Streng genommen wird natürlich lediglich die Entscheidung gegen ein Kind gefällt. Das Geburtsereignis selbst ergibt sich erst im Zusammenwirken mit anderen Faktoren außerhalb der persönlichen Kontrollsphäre.

Die die Verhandlungsmacht beeinflussenden Faktoren nennt man Teilungsfaktoren (Browning und Chiappori 1998). Empirische Studien deuten darauf hin, dass für verschiedene Entscheidungssituationen verschiedene Teilungsregeln gelten können. Partner verhalten sich bei Fertilitätsentscheidungen, die geänderte zeitliche Anforderungen mit sich bringen, vermutlich anders als bei Entscheidungen über größere finanzielle Anschaffungen und hier wiederum anders als bei wiederkehrenden wöchentlichen Ausgaben (Browning et al. 2006, Browning et al. 1994). Auf mögliche Interessenskonflikte in den verschiedenen Entscheidungsbereichen gehen wir im folgenden Kapitel näher ein.

### 3 Empirische Evidenz zu partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen

#### 3.1 Fertilität

##### 3.1.1 Wie äußern sich unterschiedliche Partnerinteressen im Zusammenhang mit Geburtenentscheidungen?

Divergierende Interessen auf Paarebene im Bereich Geburtenentscheidungen lassen sich beispielsweise an unterschiedlichen Kinderwünschen festmachen. Auch wenn die Prognosekraft von Kinderwünschen für tatsächlich realisierte Geburten aus verschiedenen Gründen eingeschränkt ist (Boll et al. 2013a: 42–47), deutet der Geschlechterunterschied im Kinderwunsch auf paarinterne Interessenskonflikte hin. So zeigen Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (2003), dass sich unter den 20- bis 49-Jährigen in den meisten der untersuchten 13 Länder Frauen mehr Kinder wünschen als Männer.<sup>7</sup> Die Geschlechterdifferenz beim durchschnittlichen Kinderwunsch ist in den Ländern unterschiedlich hoch und in Deutschland (Männer: 1,59; Frauen 1,75), den Niederlanden und Ungarn besonders stark ausgeprägt. Auch den Wunsch, kinderlos zu bleiben, äußerten mit der Ausnahme Tschechiens in diesem internationalen Vergleich mehr Männer als Frauen. In Deutschland bevorzugten dies nach eigenen Angaben 22,8 Prozent der kinderlosen Männer, aber nur 15,4 Prozent der kinderlosen Frauen, womit Deutschland sowohl beim Geschlechterdissens als auch bei dem Niveau gewollter Kinderlosigkeit den Spitzenplatz unter den untersuchten Ländern bildete. Doch auch in Ländern wie Belgien und den Niederlanden betrug der Geschlechterunterschied immerhin noch rund fünf Prozentpunkte. Die Anteile der Geschlechter beim Wunsch nach einem, zwei beziehungsweise drei Kindern lagen in der Regel näher beieinander, jedoch sind die Unterschiede auch hier evident (BIB und Robert Bosch Stiftung 2005).

Die Determinanten von Kinderwünschen sind vielfältig und zwischen den Geschlechtern unterschiedlich akzentuiert.<sup>8</sup> Bei Männern entwickeln sich Kinderwünsche oftmals erst im Kontext einer stabilen Partnerschaft; diese ist zugleich Voraussetzung dafür, dass bestehende Kinderwünsche von Frauen in Geburten umgesetzt werden (Eckhard und Klein 2012). Innerhalb von Partnerschaften findet sich Evidenz dafür, dass Partner bei divergierenden Kinderwünschen Kompromisse bezüglich der insgesamt realisierten Kinderzahl schließen (Testa et al. 2011). Ins-

7 Für andere Weltregionen hingegen belegen Studien wie beispielsweise der Demographic and Health Survey (DHS) eine höhere ideale Kinderzahl von Männern als von Frauen (Westoff 2010).

8 Die in diesem Absatz genannten Quellen sind entnommen aus Boll et al. (2013a: 64–66).

gesamt wird in diesem Fall eher eine unterdurchschnittliche Kinderzahl realisiert, und auch der völlige Verzicht auf Kinder ist nicht selten (Thomson 1997). Thomson und Hoem (1998) belegen mit schwedischen Daten, dass bei übereinstimmendem Wunsch beider Partner nach einem weiteren Kind das Kind bei 44 Prozent der Paare innerhalb von zwei Jahren geboren wurde, während dies nur bei sechs Prozent der Paare mit divergierenden Interessen der Fall war. Testa et al. (2011) schlussfolgern hieraus, dass die Wünsche, Intentionen und Interessen des Partners berücksichtigt werden müssen, um die Vorhersagekraft von Kinderwünschen bezüglich realisierter Geburten zu erhöhen. Eine Reihe von Studien weisen zudem darauf hin, dass andernfalls auch Einflussfaktoren auf Fertilität möglicherweise fehlinterpretiert werden (Bauer und Jacob 2010, Corijin et al. 1996, Thomson 1997, Thomson und Hoem 1998, Rosina und Testa 2009).

Neben unterschiedlichen Kinderwünschen manifestieren sich heterogene Präferenzen von Partnern auch in unterschiedlicher individueller Bedeutung von Kindern. Eine Untersuchung von Hener (2010) mit Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP, vergleiche Wagner et al. 2007) der Wellen 1990–2004 ergibt, dass es 65 Prozent der Frauen, aber nur 55 Prozent der Männer sehr wichtig finden, Kinder zu haben. Unter kinderlosen Paaren sind 28,8 Prozent der Frauen beziehungsweise 19,2 Prozent der Männer, unter Eltern 76,6 Prozent der Mütter, aber nur 66,0 Prozent der Väter dieser Meinung.

### 3.1.2 Nach welchen Regeln werden Entscheidungen bei divergierenden Interessen getroffen und welche Faktoren beeinflussen die Verhandlungsmacht der Partner?

Thomson und Hoem (1998) können zeigen, dass die Geburtenwahrscheinlichkeit im Fall divergierender Kinderwünsche unabhängig davon ist, welcher Partner den Kinderwunsch äußert. Auch Bauer und Kneip (2013) belegen mit deutschen PAIRFAM-Daten (Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics, Huinink et al. 2011), dass weder Frauen noch Männer per se die Geburtenentscheidung dominieren (ebenso Pavetic und Stein 2011 mit Daten des Bamberger Ehepaar-Panels). Im Fall divergierender Interessen finden Bauer und Kneip (2013) jedoch Belege dafür, dass Partner bei erwartetem hohem Nutzenverlust ein wirksames Veto gegen den Wunsch des anderen Partners einlegen können. Zudem spielt bei Uneinigkeit der Partner auch Verhandlungsmacht eine Rolle. Die relative Verhandlungsmacht begründet sich in individuellen Charakteristika und/oder strukturellen Faktoren. So belegen Bauer und Kneip (2013), dass das Knappheitsverhältnis auf dem Partnermarkt zugunsten eines Partners dessen Durchsetzungskraft bei der Verfolgung seines Kinderwunsches verstärkt. Für italienische Frauen finden Testa et al. (2011), dass Frauen einen höheren Einfluss auf Geburtenentscheidungen haben als Männer. Diese Schlussfolgerung ziehen auch Bauer und Jacob (2010) für deutsche Frauen aus ihrer Untersuchung mit Mikrozensus-Daten der Jahre 1996 bis 2004; sie verweisen vor allem auf die hohe Bedeutung des weiblichen Bildungsniveaus für die Geburtenentscheidung. Rosina und Testa (2009) bestätigen für Italien, dass paarinterne Interessenskonflikte vorwiegend in Paaren mit hochgebildeten, erwerbstätigen Frauen auftreten. Die Bedeutung des Humankapitals unterstreicht auch Hener (2010). Er findet mit SOEP-Daten, dass nicht die Beschäftigung an sich,



sondern das hierdurch vermittelte Einkommen die Durchsetzungskraft der Frauen hinsichtlich ihrer Kinderwünsche erhöht.<sup>9,10</sup>

Wie die Studien zeigen, ist die Verhandlungsmacht keine feste Größe, sondern wird durch erwerbsbiografische und andere Entscheidungen beeinflusst. Steuerer (2008) zeigt in einem Zwei-Perioden-Modell, wie heutige Geburtenentscheidungen von den antizipierten Folgewirkungen auf die relative Verhandlungsposition im weiteren Lebensverlauf abhängen können: Bei nicht bindenden Verträgen geht mit der Antizipation der verschlechterten Verhandlungsmacht von Frauen in Periode 2 eine Überinvestition in Humankapital und eine Unterinvestition in Kinder in Periode 1 einher (ebenso Iyigun und Walsh 2007, vergleiche zu näheren Ausführungen die Einleitung weiter oben). Boll (2011a, 2011b) quantifiziert – ebenfalls mit SOEP-Daten – das asymmetrische Spezialisierungsrisiko in Deutschland in Form von Lohneinbußen, die Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen erleiden und kann zeigen, dass die Aufschiebung von Geburten beziehungsweise der Verzicht auf Kinder im Kontext nicht bindender Verträge rational sein kann. Sie schlussfolgert, dass Verhandlungsmodelle, eher als unitäre Modelle, in der Lage sind, das beobachtbare Geburtenverhalten in Deutschland zu erklären (siehe die Argumentation anhand der Modelle 1a) und 1b) weiter oben).

Steuerer (2008) untersucht ferner die modelltheoretische Fertilitätswirkung unterschiedlicher Regelungen zum Sorgerecht. Er zeigt auf, dass höhere väterliche Sorgerechtsansprüche in Form höherer Zeitanteile, die Väter mit ihren Kindern nach der Scheidung verbringen („visitation rule“) mit einem geringeren Geburtenanreiz von Frauen verbunden ist, da der Nutzen der Mutter aus dem vormals eheöffentlichen Gut „Kind(er)“ nach der Trennung in diesem Fall eingeschränkt ist. Das dergestalt reduzierte außerpartnerschaftliche Nutzenniveau schwächt ihre innereheliche Verhandlungsposition, während es sich für den Vater umgekehrt verhält. Ferner belegen die Ergebnisse von Hener (2010), dass kindbezogene Transferleistungen, die dem Partner mit dem höheren Kinderwunsch zuerkannt werden, fertilitätsfördernd wirken können. Auch in nicht-kooperativen Verhandlungsmodellen, in denen der Drohpunkt in einem innerehelichen Rückfall in die traditionelle Arbeitsteilung besteht („separate spheres“), kann die erwartete Zuordnung solcher Leistungen fertilitätsrelevant sein (Lundberg und Pollak 1993). Die Verhandlungsmacht der Partner kann ferner auch durch familienpolitische Leistungen beeinflusst werden, die allein-erziehenden Elternteilen zuerkannt werden (Greenwood et al. 2003, McElroy 1990).<sup>11</sup>

9 In anderen kulturellen Kontexten gelten andere Verteilungsfaktoren. So kann Rasul (2008) für Malaysia zeigen, dass der Kinderwunsch von Männern durch die Erbschaft von Land verstärkt wird. Zudem wird in der Literatur das Problem asymmetrischer Information auf Paarebene über die Anwendung von Verhütungsmethoden als möglicher „Störfaktor“ effizienter Verhandlungsergebnisse thematisiert, dies allerdings eher für weniger entwickelte Länder (siehe Ashraf et al. 2013 weiter oben).

10 Der Einfluss des Alters der Frau oder des Altersabstands der Partner auf die relative Verhandlungsposition ist nicht evident. So zeigt Testa (2010), dass bei Kontrolle für weitere sozio-ökonomische Faktoren das Alter der Frau keinen signifikanten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit divergierender Partnerwünsche bezüglich der Familiengründung hat. Dies deutet darauf hin, dass die Verhandlungsmacht eher von anderen Faktoren wie etwa dem Einkommen oder der Erwerbserfahrung getrieben wird, die mit dem Alter positiv korrelieren. Weiterhin gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen Alter und Dauer sowie Stabilität der Partnerschaft – den Faktoren also, die nach den weiter oben zitierten Befunden von Eckhard und Klein (2012) bei Männern entscheidend für die Herausbildung von Kinderwünschen sind. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die Kinderwünsche der Partner mit steigendem Alter eher einander annähern. Diese These wird nicht nur durch den oben genannten Befund von Testa (2010), sondern auch durch die eingangs dargestellten paritätsspezifischen Kinderwunsch-Divergenzen gestützt, die mit höheren Geburtenfolgen abnehmen.

11 Auch asymmetrische Information kann im Kontext von Verhandlungsmodellen zu ineffizienten Ergebnissen führen (unter anderem Ashraf 2009, Bloch und Rao 2002). Mit einem Feldexperiment in Sambia zeigen Ashraf et al. (2013) die Bedeutung asymmetrischer Information bei der Geburtenkontrolle auf. Die Wahrscheinlichkeit der Nutzung injizierbarer Kontrazeptiva fällt demnach um 25 Prozent geringer aus, wenn die Frauen nur gemeinsam mit ihren Partnern Zugang zu diesen Kontrazeptiva erhalten als wenn Frauen die Kontra-

## 3.2 Einkommensverwendung

### 3.2.1 Wie äußern sich unterschiedliche Partnerinteressen im Zusammenhang mit Entscheidungen zur Einkommensverwendung?

Wie oben erläutert, geht das unitäre Modell von Einkommenspooling im Paar aus. Durch Einkommenspooling ist sichergestellt, dass jede/r Partner/in auch individuell von den gesamtfamilialen Gewinnen aus Arbeitsteilung und Spezialisierung profitiert. Die empirische Evidenz nährt jedoch erhebliche Zweifel am Zutreffen dieser Annahme. Die vorliegenden empirischen Studien lassen sich grob in drei Kategorien gliedern:<sup>12</sup>

Zunächst gibt es die Kategorie der Befragung – entweder von Einzelpersonen, die in einer Partnerschaft leben, oder von Paaren insgesamt – zum Beispiel im Rahmen von PAIRFAM, dem SOEP, der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und einigen verwandten internationalen Datensätzen wie dem International Social Survey Programme (ISSP). Hier wird zum einen nach den im Paaralltag üblichen Verhaltensweisen gefragt – wie und von wem die finanziellen Mittel des Haushalts verwaltet werden, wer Zugriff darauf hat, wer wen bei Anschaffungen um Erlaubnis fragen muss, ob es ein gemeinsames Konto gibt und so weiter, zum anderen werden voraussichtliche Verhaltensweisen in hypothetischen Situationen abgefragt. Zu den üblichen Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Geld lautet die Frage im SOEP (im Jahr 2008) beispielsweise: „Wie regeln Sie und Ihr (Ehe-)Partner den Umgang mit dem Einkommen, das einer von Ihnen oder Sie beide erhalten?“ Die erste Antwortmöglichkeit („Jeder verwaltet sein eigenes Geld.“) entspricht einer individuellen beziehungsweise getrennten Geldverwaltung, während die vierte („Wir legen das ganze Geld zusammen und jeder nimmt sich, was er/sie braucht.“) am ehesten eine Art Einkommenspooling oder gemeinsame Verwaltung darstellt (siehe hierzu auch die Ausführungen von Ludwig-Mayerhofer 2006). Im Mittel der Jahre 1999 bis 2008 hatten 17 Prozent der Paare getrennte Konten und mehr als zwei Drittel gaben an, ein gemeinsames Bankkonto zu besitzen (DIW Berlin 2011). Diese Gruppe wird kleiner, wenn zusätzlich die Frage nach dem letzten Wort bei wichtigen finanziellen Entscheidungen berücksichtigt wird: Laut Holst und Schupp (2006: 2445) entscheiden bei 56,5 Prozent der Paare beide Partner gleichermaßen. Dies betrifft insbesondere Verheiratete mit geringerer Erwerbspartizipation der Frauen, im Vergleich zu Paaren die getrennt verwalten. Auch in der ALLBUS-Erhebungswelle 2002 praktizieren nach Auswertungen von Ludwig-Mayerhofer (2006) etwa zwei Drittel der befragten Paare eine gemeinsame Geldverwaltung und in zwölf Prozent wird das Geld von den Partnern individuell verwaltet.

Allerdings ist eine gemeinsame Geldverwaltung und auch ein gemeinsames Konto noch kein hinreichender Beleg dafür, dass beide Partner tatsächlich gleichmäßig und unabhängig von äußeren Änderungen (wie den individuellen Einkommensmöglichkeiten oder Zuwendungen) darüber verfügen können. Unterschiedlich empfundene moralische Zugriffsrechte auf ein gemeinsames Konto, beispielsweise aufgrund individuell unterschiedlicher Beiträge hierzu, können zu

---

zeptiva allein in Empfang nehmen können. Im erstgenannten Fall fällt die Geburtenwahrscheinlichkeit im Anschluss an die Ausgabe der Verhütungsmittel um 27 Prozent höher aus, im letztgenannten Fall ist hingegen das seitens der Frauen berichtete Wohlbefinden geringer. Wenn also Frauen die Kontrolle über die Verwendung von Verhütungsmitteln ausüben, haben sie bei verschleierbaren Verhütungsaktivitäten eine höhere Durchsetzungsmacht bei der Anzahl geborener Kinder.

12 Die in diesem Absatz genannten Quellen sind teilweise entnommen aus Beblo und Beninger (2013).

sich unterscheidenden und sich verändernden Verwendungshöhen führen. In einer Befragung von Paaren mit Niedrigeinkommen untersuchten Ludwig-Mayerhofer et al. (2006) die Beträge, über die beide Partner verfügen können, und wiesen nach, dass die Bildungsunterschiede zwischen den Partnern die Höhe beeinflussen – je asymmetrischer die Bildung, desto ungleicher die persönlichen Beträge. Über den Lebenszyklus gesehen und im Modellrahmen des dynamischen Verhandlungsmodells bedeutet dies, dass sich asymmetrisch entwickelnde Bildungs- oder Erwerbserfahrungshintergründe von Partnern auch auf die jeweilige Einkommensverwendung auswirken können.

Die zweite Kategorie der Studien zur paarinternen Einkommensverteilung bilden konsumorientierte Analysen. Diese basieren wie die erste Gruppe auf Mikrodatensätzen, welche Informationen zu Konsumgewohnheiten und Ausgaben für bestimmte private Güter enthalten und versuchen, über den Zusammenhang der individuellen Konsumausgaben mit den individuellen Einkünften der Befragten, auf die Einkommensverteilung, insbesondere die (moralischen) Zugriffsrechte auf das Einkommen innerhalb eines Haushaltes, zu schließen (siehe zum Beispiel Bonke und Uldall-Poulsen 2007, Bonke und Browning 2010, Cherchye et al. 2012, Amuedo-Dorantes et al. 2010, Kalugina et al. 2009). Schon Browning et al. (1994) identifizieren hier für kinderlose kanadische Paare folgende Einflussvariablen, mit denen der Anteil der Frau an den Gesamtausgaben des Haushalts variiert: der Einkommensabstand der Partner (Bruttoerwerbseinkommen), das Gesamtausgabenniveau des Haushalts (als Proxy für die Wohlfahrt des Haushalts) und der Altersabstand zwischen den Partnern. Blundell et al. (2007) bestätigen mit UK-Befragungsdaten, dass Löhne einen hohen Einfluss haben, denn Männer und Frauen vereinnahmen jeweils eigene Einkommenssteigerungen vollständig für eigenen Konsum. Da Konsumdaten in Deutschland üblicherweise auf Haushaltsebene erhoben werden (wie zum Beispiel in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe EVS), gibt es hierzulande keine Studien in dieser Kategorie. Eine Ausnahme bildet die Analyse von Beninger (2012), welche allerdings auf einer sehr kleinen Fallzahl basiert. Beninger nutzte die in der dritten Welle des Pre-Test-Datensatzes von PAIRFAM erhobenen Ausgabenstrukturen der Haushalte für acht repräsentative Güter und zeigte einen statistischen Zusammenhang des Konsums bestimmter Güter mit weichen Faktoren wie Zufriedenheit in der Beziehung, Intimität und individuelle Attraktivität der Partner auf.<sup>13</sup>

Die dritte Gruppe von Studien hat das erklärte Ziel, Kausalbeziehungen (zwischen Einkommenskonstellation und Einkommensverwendung) zu identifizieren, indem sie die Reaktionen auf eine exogene Veränderung der Einkommensrelation im Paar beobachtet. Dies ist in einer kontrollierten experimentellen Umgebung möglich, wenn die Einkommensänderung nicht gleichzeitig zu einer Änderung des Haushaltsbudgets führt und auch nicht die individuelle Zeitverwendung und Abwägung zwischen Konsum und Freizeit beeinflusst. Einige Politikreformen stellen sogenannte natürliche Experimente dar, wenn zum Beispiel Ressourcen innerhalb der Privathaushalte staatlicherseits umverteilt werden unabhängig von deren Erwerbstätigkeit und ohne Veränderung der Transfersumme an die Haushalte. Lundberg et al. (1997) und Ward-Batts (2008) untersuchen die Auswirkungen einer solchen Politikmaßnahme, der Kindergeldreform, in Großbritannien. Da ein Freibetrag vorher überwiegend dem Vater zugutekam, während das Kindergeld nach der Reform direkt an die Mutter ausgezahlt wurde, tangierte dieser Politikwechsel unmittelbar die finanziellen Verfügungsgewalten der Eltern. Die Autor/innen zeigen,

13 Ein grundsätzliches methodisches Problem von Konsumstudien ist die Endogenität von Konsumentscheidungen. Da sie simultan mit Erwerbsentscheidungen gefällt werden beziehungsweise die Erwerbsentscheidungen aus Konsumwünschen resultieren können, sind Kausalschlüsse von Einkommenssteigerungen auf den Konsum problematisch.

dass allein aufgrund der geänderten Auszahlungsmodalität der relative Anteil der Konsumausgaben für Kinder- und Frauenkleidung ansteigt – ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Einkommensverwendung abhängig von der Einkommenszuteilung ist. Dieses Ergebnis bestätigt Fisher (2013) anhand einer weiteren Reform (Child Tax Credit), welche überwiegend die Einkommenssituation der Mütter zulasten der Väter verbesserte, da alle kindbezogenen Leistungen fortan zusammengefasst und an die Betreuungsperson ausgezahlt wurden, während sie vorher von der hauptverdienenden Person beansprucht werden konnten. Fisher zeigt, dass die betroffenen Haushalte in der Folge unter anderem höhere relative Ausgaben für Kinderspielzeug und Musikinstrumente hatten und geringere für Reisen und Glücksspiele. Rubalcava und Thomas (2000) weisen anhand der Ausgabenstruktur US-amerikanischer Niedrigeinkommenshaushalte nach, dass eine andere Politikmaßnahme, die Erhöhung der staatlichen Transfers für alleinerziehende Mütter (Aid to Families with Dependent Children, AFDC) auch die Rückfalloptionen verheirateter Frauen mit Kindern verbesserte und damit ihre Verhandlungspositionen im Verhältnis zu ihren Partnern.

Im Gegensatz zu natürlichen Experimenten, die sich aus Politikreformen im besten Falle nebenbei ergeben, wird bei Feld- und Laborexperimenten eine Änderung der Rahmenbedingungen für Einzelpersonen oder Familien durch Intervention von Wissenschaftler/innen künstlich herbeigeführt. Feldexperimente werden in der Regel in Entwicklungsländern durchgeführt. Meist werden dabei zufällige Gruppen von Haushalten gebildet, an die zusätzliches Einkommen ausgezahlt wird, bei denen sich aber der Empfänger/die Empfängerin des Geldes unterscheidet. So zeigen Attanasio und Lechène (2002) sowie Bobonis (2009) nach Analyse des mexikanischen Programms PROGRESA, dass die Verwendung des Einkommens eindeutig abhängig davon ist, wer es erhält. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Ashraf (2009) und Iversen et al. (2011). Das Paar-Experiment von Beblo und Beninger (2012, 2013) liefert einen direkten Test der Einkommenspooling-Hypothese in einem Industrieland, indem es die Verteilung von Ressourcen innerhalb deutscher Paare untersucht. In knapp 100 teilnehmenden Paaren sollten die Partner gemeinsame Konsumententscheidungen bei variierender Geldzuteilung treffen. Tatsächlich änderten sich die Entscheidungen, je nachdem ob der männliche oder der weibliche Partner über mehr Geld verfügte. Einkommenspooling wird somit als generalisierende Annahme verworfen. Ob Paare unabhängig von Teilungsfaktoren ihre Ressourcen poolen, hängt auch von ihrem gelebten Familienmodell ab – so ein weiterer Befund des Experiments. Interessanterweise orientieren sich vor allem etablierte traditionellere Paare eher an den Ressourcen der einzelnen Partner als solche, bei denen beide Partner erwerbstätig sind und eigene Einkommen erzielen.

### 3.2.2 Nach welchen Regeln werden Entscheidungen bei divergierenden Interessen getroffen und welche Faktoren beeinflussen die Verhandlungsmacht der Partner?

Als maßgeblicher Einflussfaktor für die Einkommensverwendung gilt sowohl in natürlichen wie auch Labor- oder Feldexperimenten der konkrete Adressat/die konkrete Adressatin einer Einkommensleistung. Welcher Partner seine Präferenzen stärker durchsetzen kann, hängt maßgeblich von den persönlichen Ressourcen ab. Als Teilungsfaktor bestätigt sich auch im Experiment die Höhe des individuellen Einkommens. Befragungsdaten geben Hinweise darauf, dass darüber hinaus auch Alters- und Bildungsunterschiede innerhalb eines Paares und das grundsätzliche Wohlstandsniveau den Zugriff der einzelnen Partner auf das Haushaltseinkommen zu beeinflussen scheinen.

### 3.3 Arbeitsteilung

#### 3.3.1 Wie äußern sich unterschiedliche Partnerinteressen im Zusammenhang mit der Arbeitsteilung?

Eine naheliegende Datenquelle für die Messung individueller Zeitverwendung sind die Zeitbudgeterhebungen 1991/92 und 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes. In der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 wenden Frauen und Männer unterschiedlich viel Zeit für unbezahlte und bezahlte Arbeit auf. Bezahlte Arbeit ist hier Erwerbsarbeit und wird sowohl häufiger (38 Prozent gegenüber 25 Prozent) als auch umfangreicher (8,4 gegenüber knapp sieben Stunden) von Männern als von Frauen ausgeübt (Schneider et al. 2011). Bei der unbezahlten Arbeit im Haushalt (inklusive Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen) ist es umgekehrt (2,5 Stunden im Durchschnitt aller Männer und gut vier Stunden bei Frauen).

Auch das SOEP bietet einen regelmäßigen Fragenblock zur täglichen Zeitverwendung. Die Abfrage erfolgt sehr grob in vorgegebenen Aktivitäten – jeweils getrennt nach Werktag und Wochenende. In zusammenlebenden Paaren verbringen Frauen mehr als doppelt so viel Zeit mit Arbeiten im Haus (4,5 Stunden versus 2,3 Stunden) und Kindern (2,7 Stunden versus 0,8 Stunden) als ihre Ehemänner (86 Prozent der Paare sind formal verheiratet), während diese 3,7 Stunden länger erwerbstätig beziehungsweise auf dem Weg dorthin sind (im Mittel der SOEP-Erhebungswellen 1991–2000, eigene Berechnungen). Die Unterschiede im Paar sind deutlich größer als diejenigen zwischen Frauen und Männern allgemein. Selbst in Paaren, in denen beide Partner vollzeitbeschäftigt sind, verbringen Frauen mehr Zeit mit Hausarbeit und Kinderbetreuung als Männer, obwohl das Engagement der Väter zwischen 1991 und 2001 sichtbar zugenommen hat (siehe Boll und Leppin 2012 auf Basis der Zeitbudgeterhebungen 1991/92 und 2001/2002). Auch in PAIRFAM werden regelmäßig zeitliche Informationen zur Arbeitsteilung bei Hausarbeit, Einkaufen, Reparaturen, Kinderbetreuung und Behördengängen/finanziellen Angelegenheiten erhoben.

Interessenskonflikte zwischen Partnern können zum einen bezüglich der Frage entstehen, wer welche Arbeiten (insbesondere bezahlte gegenüber unbezahlten) verrichtet, zum anderen beim Umfang der frei zur Verfügung stehenden Zeit – der Freizeit. Laut Zeitbudgeterhebung 1991/92 hatten Männer durchschnittlich 20 Minuten mehr Freizeit pro Tag als Frauen, bei Erwerbstätigen betrug die Differenz schon mehr als eine halbe Stunde, und dabei ist die sogenannte Freizeitlücke kein auf Deutschland beschränktes Phänomen (Beblo 2001b). Studien zur Angleichung der Gesamtarbeitszeiten von Frauen und Männern zum Trotz (zum Beispiel Burda, Hamermesh und Weil 2013) zeigt eine aktuelle Studie von mit US-amerikanischen Daten von Berik und Kongar (2013), dass Frauen und Männer auf Reduktionen ihrer Erwerbsarbeitszeit während und nach der Finanzkrise von 2007–2009 unterschiedlich reagiert und die durchschnittliche Freizeitlücke damit wieder erhöht haben (wobei die größte Lücke weiterhin zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern besteht).

#### 3.3.2 Nach welchen Regeln werden Entscheidungen bei divergierenden Interessen getroffen und welche Faktoren beeinflussen die Verhandlungsmacht der Partner?

Auf Grundlage der genannten großen Datensätze ist es möglich, die Arbeitsteilung im Paar vor dem Hintergrund soziodemografischer und ökonomischer Merkmale zu studieren und einige

Annahmen des unitären Haushaltsmodells zu testen beziehungsweise Vorhersagen unterschiedlicher Verhandlungsmodelle zu prüfen, vor allem ob die einvernehmliche Entscheidungsfindung unabhängig von äußeren (Teilungs-)Faktoren bleibt.<sup>14</sup> Im Gegensatz zur Zeitbudgeterhebung bieten das SOEP, und mittlerweile auch PAIRFAM, als Panelstudien zudem eine Analyse der zeitlichen Entwicklung der innerfamiliären Arbeitsteilung.

Die in den Daten immer noch häufig zu beobachtende traditionelle Arbeitsteilung mit asymmetrischer Zeitverwendung auf bezahlte und unbezahlte Arbeit, insbesondere von verheirateten Paaren, ist grundsätzlich mit der Vorhersage sowohl eines unitären als auch eines kooperativen Verhandlungsmodells vereinbar. Dass allerdings politische Maßnahmen, die in erster Linie an Alleinerziehende gerichtet sind, Einfluss auf familieninterne Verhandlungsergebnisse zur Zeitverwendung nehmen und höhere staatliche Hilfen für alleinstehende Frauen und alleinerziehende Mütter mit geringerer Erwerbsbeteiligung auch von verheirateten Frauen einhergehen, wie Phipps und Burton (1995) in einer länderübergreifenden Studie zeigen, wird nur von einem Verhandlungsmodell so vorhergesagt.

Eine neuere Studie zur Erwerbstätigkeit von Frauen stellt nun fest, dass der Umfang der Erwerbstätigkeit nicht nur vom Familienstand abhängt, sondern auch davon, ob die Frau zum ersten oder zum wiederholten Male verheiratet ist (Aughinbaugh 2012). In späteren Ehen ist die Wahrscheinlichkeit einer Teilzeitbeschäftigung geringer. Dies führt die Autorin auf die Erfahrung der Trennung zurück. Zum einen wissen Frauen daher um den zeitlich beschränkten Vorteil einer familieninternen Spezialisierung auf Haushaltsarbeit. Zum anderen kennen sie nun ihren eigenen ökonomischen Nachteil, wenn sich deswegen ihre eigene Qualifikation und die ihres Partners nicht in gleichem Maße weiterentwickeln konnten.

Die relativen Zeitanteile, die weiblichen und männlichen Partner in berufstätigen Paaren für ihre Freizeit zur Verfügung stehen, deuten daher auch auf nichtkooperative innerfamiliäre Strategien hin. So zeigen Beblo und Robledo (2008), dass der Freizeitanteil der Frau mit der Höhe ihres relativen Erwerbseinkommens ansteigt – sie ihn sozusagen mit der Macht des Geldes durchsetzen kann. Die Erklärungskraft des nichtkooperativen Verhandlungsmodells ist allerdings begrenzt, denn dieser Zusammenhang zwischen Freizeit und Einkommen gilt nicht linear: Sobald die Frau über ein höheres Einkommen verfügt als der Mann, kehrt er sich wieder um. Das heißt, Frauen als Hauptverdienerinnen haben sogar weniger Freizeit, weil sie mehr Haushaltstätigkeiten übernehmen als ihre geringer entlohnten männlichen Partner. Dies bestätigt Haberkern (2007) mit den Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/02 und interpretiert den höheren Arbeitseinsatz der Frauen als Kompensationsleistung für die Abweichung von der Norm: Indem sie mehr Hausarbeit übernehmen, betonen sie ihre weibliche Rolle. Dieses Verhalten ist als „gender display“, „doing gender“ oder „gender deviance neutralization“ (nach West und Zimmermann 1987, Gildemeister 2004) in zahlreichen soziologischen Studien bestätigt (zum Beispiel Bittman et al. 2003, Brines 1994, Tichenor 2005, Cooke 2006), aus psychologischer Perspektive aber auch in Frage gestellt worden (Kluwer 2011).

Experimentelle Evidenz zur Arbeitsteilung im Paar existiert in Ansätzen und bislang auch nur unveröffentlicht. Uns sind international vier Experimente bekannt, in denen echte Paare in ei-

14 Die Zeitbudgeterhebung ist hierzu allerdings nur eingeschränkt nutzbar, da sie die für ökonomische Analysen wichtige Variable Bruttolohn nicht erhebt – eine Preisvariable, mit welcher die Opportunitätskosten alternativer Zeitverwendungen für jedes Individuum berechnet werden könnten.

ner kontrollierten Umgebung Arbeitsentscheidungen treffen sollten, die ökonomische Auswirkungen auf die Erträge beziehungsweise die Zeitaufwendungen der einzelnen Partner hatten (Cochard et al. 2009, Beblo und Beninger 2010, Görges 2014, Schröder et al. 2013). Im Experiment von Görges (2014) sind Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit bereit, eine unbezahlte Hilfsaufgabe zu übernehmen, mit der die Auszahlung ihres Spielpartners erhöht werden kann, wenn es sich dabei um ihren tatsächlichen Partner handelt. Bei Männern zeigt sich diese höhere Bereitschaft nicht. Bei Schröder et al. (2013) übernehmen in der Mehrzahl der Paare, unabhängig vom Geschlecht, die „Zweitverdiener“ innerhalb der Paare (= Person mit dem geringeren Bruttolohn) die unbezahlte Aufgabe. „Erstverdiener“ tun dies erst signifikant häufiger, wenn Individualbesteuerung statt gemeinsamer Besteuerung (Ehegattensplitting) eingeführt wird, weshalb die Hausarbeit bei individueller Steuer insgesamt gleicher zwischen den Partnern verteilt ist.

Schließlich zeigen empirische Studien, dass das Arbeitsangebot von Frauen auch durch das Geschlechterverhältnis auf dem Heiratsmarkt und das Scheidungsrecht beeinflusst wird. Generell gilt, je besser ein Partner bei Auflösung der Ehe durch die Umweltbedingungen gestellt ist, desto höher ist seine Verhandlungsposition in der Ehe. Chiappiori et al. (2002) bestätigen beispielsweise diesen Zusammenhang für Zweiverdienerpaare in den USA: Mit der Knappheit der Frauen auf dem Heiratsmarkt sinkt ihr Arbeitsangebot im Haushalt. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Angrist (2002) mit Daten von US-amerikanischen Einwanderern. Das Scheidungsrecht wiederum hat dann Einfluss, wenn ein Scheitern der Ehe als Drohpunkt fungiert (im kooperativen Modell). In diesem Fall beeinflussen Unterhaltsregelungen, Definition und Teilungsregeln ehelichen Vermögens bei Scheidung die Verhandlungsposition schon innerhalb der Ehe. Peters (1986) und Parkman (1992) zeigen mit US-amerikanischen Daten der 1970er-Jahre, dass der Übergang einzelner Bundesstaaten von „Mutual-consent“-Regelungen zu „unilateral-divorce laws“ das Arbeitsangebot der Frauen beeinflusst. Wenn bei „unilateral-divorce“ die Scheidung auch von nur einem Partner eingereicht werden kann, steigt mit dem Scheidungsrisiko zugleich auch das Spezialisierungsrisiko durch unbezahlte Arbeit, weshalb Frauen einen geringeren Anreiz haben, ihr Erwerbsarbeitsangebot zugunsten von Hausarbeit einzuschränken. Parkmans Analyse (1992) bestätigt diesen Effekt insbesondere für jüngere und höher qualifizierte Frauen, die in Bezug auf ihr marktfähiges Humankapital „mehr zu verlieren haben“. Gray (1998) berücksichtigt zusätzlich die regionale Variation im ehelichen Güterrecht und stellt so einen Zusammenhang zwischen Verhandlungsposition und Erwerbstätigkeit der Frau her.

#### 4 Politische Implikationen

Die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung in Haushalt und Familie ist gesellschaftlich erwünscht und kann auf Paarebene und auch individuell von großem Nutzen sein. So hat sich Familienpolitik (unter anderem) zum Ziel gesetzt, die Umsetzung bestehender Kinderwünsche erleichtern zu wollen.<sup>15</sup> Auch die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen wird noch immer überwiegend innerhalb der Familien geleistet und wird die tragende Säule der Pflege bleiben (Boll et al. 2013d). Die Priorität der Angehörigenpflege gegenüber der professionellen Pflege folgt nicht nur den Wünschen der Betroffenen, sondern ist auch rechtlich normiert: In Paragraph 3

15 Dies hat die bis vor kurzem zuständige Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder in einem Interview mit dem SPIEGEL zuletzt noch einmal bestätigt, das am 9.2.2013 erschienen ist. Zur Diskussion und historischer Entwicklung von Fertilitätszielen der Familienpolitik siehe Boll et al. (2013a: 5–11).

SGB XI ist der Vorrang der häuslichen Pflege – durch Angehörige oder mit/durch ambulante Pflegedienste – gegenüber der stationären Pflege in Heimen festgeschrieben (Bundesministerium der Justiz und Juris GmbH 2013). Marktferne Tätigkeiten wie diese bergen jedoch, wie in diesem Beitrag erläutert wurde, ein Spezialisierungsrisiko, das die Wohlfahrtsposition des sorgetragenden Partners kurz-, mittel- oder langfristig verschlechtern kann.

Die Politik kann grundsätzlich zwei Wege beschreiten, mit diesem Risiko umzugehen. Die eine Strategie wäre, im *Nachhinein* denjenigen Partner, der den größeren Verzicht geleistet hat, für seine entstandenen Kosten zu entschädigen. In der Logik der Bargaining-Modelle gesprochen, wird versucht, durch Kompensationszahlungen die Absenkung der späteren Konfliktauszahlung von Frauen zu verhindern beziehungsweise einzuschränken. Auch wenn dieser Fall erst in einer künftigen Periode eintritt (wie dies in dynamischen Ansätzen modelliert wird, siehe oben Abbildung 1b), ist der Effekt durch die Voraussicht der Partner bereits heute für deren Verhalten relevant. Der zweite Weg wäre, die Entstehung spezialisierungsbedingter Einkommens- und Beschäftigungseinbußen im *Vorhinein* durch Vereinbarkeitslösungen von Familien- und Berufsarbeit zu vermeiden. In der Modelllogik hieße das, dass ein Absenken der Konfliktauszahlung gar nicht erst eintritt. Beide Strategien fokussieren also auf das gleiche Ziel – nämlich die Höhe der Konfliktauszahlung (beziehungsweise des Drohpunktes). Beide wollen asymmetrischen Änderungen der Teilungsregel entgegenwirken. Sie unterscheiden sich aber im Weg dorthin. Während *Strategie 2* die Entstehung asymmetrischer Spezialisierungsrisiken von Care-Personen von vornherein verhindert, beinhaltet *Strategie 1* eine (nachträgliche) staatliche Kompensation eines dann verringerten Einkommenspotentials auf dem Markt.

Die relevantesten Politikinstrumente, welche die Interessenskonflikte in Paaren moderieren können und Auswirkungen auf die relativen Verhandlungspositionen von Partnern haben, sind das Steuer- und Sozialsystem, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung, die institutionelle Betreuungsinfrastruktur, das Scheidungs- und Unterhaltsrecht, die Hinterbliebenenrente sowie gleichstellungspolitische Instrumente. Wie sind diese Instrumente in die beiden oben beschriebenen grundsätzlichen Strategien einzuordnen?

Die institutionelle Betreuungsinfrastruktur wirkt positiv auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und begünstigt daher – je nach Ausgestaltung – eine zügige und umfassende Rückkehr der Mütter auf den Arbeitsmarkt nach der Familienpause. Auf diese Weise wird der Entstehung von Lohnausfällen und damit verbundenen verlorenen Rentenansprüchen von vornherein vorgebeugt (*Strategie 2*). Eine ähnliche wenn auch etwas weniger direkte Funktion erfüllen Maßnahmen zur Förderung einer aktiven Vaterrolle, etwa über Vaterkomponenten im Elterngeld: Der Elterngeld-Monitor des DIW (Wrohlich et al. 2012) und eine aktuelle international vergleichende Studie von Boll et al. (2014) zeigen, dass hohe Lohnersatzraten im Elterngeld und exklusive Vatermonate mit einer höheren Zeitverwendung von Vätern mit ihren Kindern korrelieren. Auch dies fördert tendenziell die Erwerbsintegration von Müttern und beugt auf diese Weise der Entstehung asymmetrischer Spezialisierungsrisiken bei Müttern vor. Auch gleichstellungspolitische Maßnahmen wie die Bemühungen um die Reduktion der geschlechtsspezifischen Lohnlücke und die höhere Repräsentanz von Frauen in Führungsgremien von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung setzen monetäre Anreize für Frauen, ihre berufliche Entwicklung voranzutreiben und wirken daher präventiv in Richtung einer Vermeidung von Spezialisierungsrisiken.

Anders die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen in der gesetzlichen Krankenversicherung und das Ehegattensplitting: Beide Instrumente bieten direkte ökonomische An-



reize für Spezialisierung (in der Ehe). Im Ehegattensplitting beispielsweise ist wegen des – im Vergleich zur Individualbesteuerung – höheren Grenzsteuersatzes die Erwerbsbeteiligung für den zweiten verdienenden Ehepartner (meist die Ehepartnerin) zumindest kurzfristig weniger attraktiv. Der Splittingvorteil vergrößert zwar in der Regel das Haushaltseinkommen eines Paares, mindert aber die relative Verhandlungsposition des nichterwerbstätigen Partners. Simulationsrechnungen auf Grundlage des kollektiven Modellrahmens bestätigen, dass die gemeinsame Besteuerung von Ehegatten im Vergleich zur Individualbesteuerung Auswirkungen auf das Erwerbsverhalten von Frauen hat sowie die Wohlfahrtseffekte groß sind und sich stark zwischen Frauen und Männern unterscheiden (vergleiche die Studien in Beblo et al. (2004), Beblo et al. (2006), Beninger et al. (2006b), Geyer und Wrohlich (2013) und siehe Boll et al. 2013b: 28–35 für einen Überblick, die Quantifizierung des Arbeitskräftepotenzials unter deutschen verheirateten Frauen und eine kritische Diskussion des Ehegattensplittings in diesem Kontext).<sup>16</sup> Die relativen marginalen Nettoeinkommensbeiträge der Partner zum Haushaltseinkommen sind demnach wichtige Determinanten der Teilungsregel. Der Staat kann somit durch das Steuersystem Einfluss auf die Verhandlungspositionen der (Ehe-)Partner nehmen.

Andere Instrumente zielen auf eine nachträgliche Abfederung der privaten Kosten ab, die durch die Spezialisierung – nicht zuletzt gefördert durch die im vorigen Abschnitt skizzierten Maßnahmen – entstanden sind (*Strategie 1*). Hierzu zählen Unterhaltsansprüche im Scheidungsfall und abgeleitete Rentenansprüche (siehe aktuell die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mütterrente). Teilweise gelten die Leistungen zudem nur für Ehepartner (die Ehe fungiert hier als vertragliche Absicherung des wirtschaftlich nicht oder weniger aktiven Partners). Außerdem wurden diese „Versicherungsleistungen“ in den vergangenen Jahren durch mehrere Reformen sukzessive verringert. So hat der Gesetzgeber mit der Unterhaltsrechtsreform von 2008 die Erwerbsobliegenheit von Müttern deutlich erhöht. In der Regel kompensieren diese Leistungen schon jetzt bei Weitem nicht den entgangenen Zugewinn an marktfähigem Humankapital und somit die asymmetrische Verschlechterung der Verhandlungsposition für den sorgetragenden Partner. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Erwerbsintegration für die individuelle materielle Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe wird dies künftig immer weniger gelingen.

Vor dem Hintergrund der in dieser Studie dargelegten Befunde plädieren wir daher dafür, dass die Familienpolitik die beschriebene *Strategie 2* weiter verfolgt und ausbaut, nämlich die Entstehung asymmetrischer Spezialisierungsrisiken für Personen, die Betreuungs- und Pflegeausgaben übernehmen, verhindert und damit asymmetrischen Änderungen der Teilungsregel von vornherein entgegenwirkt. Hierzu ist innerhalb der ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen ein *Mix aus Infrastrukturinvestitionen und Neuausrichtung monetärer Anreize* notwendig.

Erstens ist es notwendig, die institutionelle Betreuungsinfrastruktur weiter auszubauen. Neben dem Ausbau der Krippenbetreuung betrifft dies vor allem die Ganztagsbetreuung von Schulkindern, die auch Ferienzeiten miteinbezieht, eine hohe Betreuungsqualität durch pädagogisch geschulte Fachkräfte sicherstellt und einkommensabhängig – beziehungsweise, soweit es sich um Ganztagsschulen handelt, gebührenfrei – ausgestaltet ist, um auch Kindern aus einkommensschwächeren Haushalten den Zugang zu ermöglichen.

16 Weitere Analysen für verschiedene europäische Länder sind in einem Bericht an die EU-Kommission (Laisney 2002) und daraus entstandenen Publikationen (Bargain et al. 2006, Beninger et al. 2006a, Myck et al. 2006, Vermeulen et al. 2006) zusammengefasst.

Zweitens sind die monetären Anreize aller Leistungen so auszurichten, dass eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Familie und Beruf und mit dieser zugleich auch ein *gleichgewichtiger Einfluss auf die Wohlfahrts-, Risiko- und Verhandlungsposition der Partner innerhalb der Familie* erreicht wird. Dieses Ziel erfordert es, die erwähnten gleichstellungspolitischen Maßnahmen voranzubringen, das Engagement von Vätern bei Familienaufgaben weiter zu fördern sowie Maßnahmen, die eine Spezialisierung nur von Frauen auf marktferne Arbeit direkt oder indirekt fördern, zurückzubauen.

## Literaturverzeichnis

- Amuedo-Dorantes, Catalina, Jens Bonke und Shoshana Grossbard (2010): Income Pooling und Household Division of Labor: Evidence from Danish Couples. Working Paper version December 2010, Mimeo, San Diego State University.
- Angrist, Josh (2002): How Do Sex Ratios Affect Marriage and Labor Markets? Evidence from America's Second Generation. *Quarterly Journal of Economics*, 117 (3), 997–1038.
- Apps, Patricia F. und Ray Rees (1988): Taxation and the Household. *Journal of Public Economics*, 35, 355–369.
- Ashraf, Nava (2009): Spousal Control and Intra-Household Decision Making: An Experimental Study in the Philippines. *American Economic Review*, 99 (4), 1245–1277.
- Ashraf, Nava, Erica Field und Jean Lee (2014): Household Bargaining and Excess Fertility: An Experimental Study in Zambia, *American Economic Review* (2nd revision resubmitted, September 2013) (im Erscheinen).
- Attanasio, Orazio und Valerie Lechene (2002): Tests of Income Pooling in Household Decisions. *Review of Economic Dynamics*, 5 (4), 720–748.
- Aughinbaugh, Alison (2012): The effects of remarriage on women's labor supply. *Journal of Population Economics*, 23 (4), 1151–1176.
- Bargain, Olivier, Miriam Beblo, Denis Beninger, Richard Blundell, Raquel Carrasco, Maria-Concetta Chiuri, Francois Laisney, Valerie Lechene, Nicolas Moreau, Michal Myck, Javier Ruiz-Castillo und Frederic Vermeulen (2006): Does the Representation of Household Behavior Matter for Welfare Analysis of Tax-Benefit Policies? An Introduction. *Review of the Economics of the Household*, 4, 96–112.
- Basu, Kaushik (2006): Gender and say: a model of household behavior with endogenously determined balance of power. *Economic Journal*, 116 (511), 558–580.
- Bauer, Gerrit und Marita Jacob (2010): Fertilitätsentscheidungen im Partnerschaftskontext. Eine Analyse der Bedeutung der Bildungskonstellation von Paaren für die Familiengründung anhand des Mikrozensus 1996–2004. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62 (1), 31–60.
- Bauer, Gerrit und Thorsten Kneip (2013): Fertility from a Couple Perspective. A Test of Competing Decision Rules on Proceptive Behaviour. *European Sociological Review*, 29 (3), 535–548.
- Beblo, Miriam (2001a): Bargaining over Time Allocation: Economic Modelling and Econometric Investigation of Time Use within Families. *Contributions to Economics*, Heidelberg.
- Beblo, Miriam (2001b): Die Freizeitlücke zwischen erwerbstätigen Müttern und Vätern – Ein ökonomischer Erklärungsversuch mit Daten der deutschen Zeitbudgeterhebung 1991/92. In: M. Ehling, J. Merz et al. (Hrsg.): *Zeitbudget in Deutschland – Erfahrungsberichte der Wissenschaft*. Spektrum Bundesstatistik. Bd. 17. Stuttgart, 103–116.

- Beblo, Miriam (2012): Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die Arbeitsteilung von Paaren. *Soziale Welt, Sonderausgabe 19: Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*, 193–207.
- Beblo, Miriam und Denis Beninger (2010): Kurzdokumentation zur Studie Konsument-scheidungen und Zeitverwendung bei Paaren. Mimeo. Berlin School of Economics.
- Beblo, Miriam und Denis Beninger (2012): Do husbands and wives pool their incomes? Experimental evidence? Working Paper 2012-10. BETA, University of Strasbourg.
- Beblo, Miriam und Denis Beninger (2013): Wie teilen Paare wirklich? Ergebnisse einer experimentellen Studie zu Geldaufteilung und Geldverwendung. In: U. Spangenberg und M. Wersig (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse steuern – Perspektivenwechsel im Steuerrecht*. Berlin, 113–129.
- Beblo, Miriam, Denis Beninger und Francois Laisney (2004): Family Tax Splitting: A Microsimulation of its Potential Labour Supply and Intra-household Welfare Effects in Germany. *Applied Economics Quarterly*, 50 (3), 231–248.
- Beblo, Miriam, Denis Beninger und Francois Laisney (2006): Besteuerung von Familien. Ökonomische Wirkungen der Reformalternativen Individualbesteuerung und Familiensplitting. In: J. Althammer und U. Klammer (Hrsg.): *Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung*. Tübingen, 93–114.
- Beblo, Miriam und Christina Boll (2013): Das Paar – eine Interesseneinheit? Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hamburg. [www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Studien/FES\\_Das\\_Paar.pdf](http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Studien/FES_Das_Paar.pdf) (abgerufen am: 10.12.2013).
- Beblo, Miriam und Julio R. Robledo (2008): The Wage Gap and the Leisure Gap for Double Earner Couples. *Journal of Population Economics*, 21, 281–304.
- Becker, Gary S. (1960): An Economic Analysis of Fertility. *Demographic and Economic Change in Developed Countries*. Universities-National Bureau of Economic Research Conference Series 11. NBER, Princeton, NJ, 209–231.
- Becker, Gary S. (1965): A Theory of the Allocation of Time. *Economic Journal*, 75, 493–517.
- Becker, Gary S. (1981): *A Treatise on the Family*. Harvard University Press, Cambridge, MA.
- Beninger, Denis (2012): Estimating economic household models using a new panel for families (PAIRFAM). Mimeo. Berlin School of Economics.
- Beninger, Denis, Francois Laisney und Miriam Beblo (2006a): Welfare analysis of a tax reform for Germany: a comparison of the unitary and collective models of household labour supply. *Journal of Population Economics*, 1–25.
- Beninger, Denis, Olivier Bargain, Miriam Beblo, Richard Blundell, Raquel Carrasco, Marie-Concetta Chiuri, Francois Laisney, Valerie Lechene, Giuseppe Longobardi, Nicolas Moreau, Michal Myck, Javier Ruiz-Castillo und Frederic Vermeulen (2006b): Evaluating the move to a linear tax system in Germany and other European countries: the choice of the representation of household decision processes does matter. *Review of the Economics of the Household*, 4, 159–180.
- Berik, Günseli und Ebru Kongar (2013): Time allocation of married mothers and fathers in hard times: The 2007–09 US Recession. *Feminist Economics*, 19 (3), 208–237.
- Bittman, Michael, Paula Englund, Liana Sayer, Nancy Folbre und George Matheson (2003): When does gender trump money? Bargaining and time in household work. The University of Chicago, *AJS*, 109 (1), 186–214.
- Bloch, Francis und Vijayendra Rao (2002): Terror as a Bargaining Instrument: A Case Study of Dowry Violence in Rural India. *The American Economic Review*, 92 (4), 1029–1043.

- Blundell, Richard, Pierre-Undre Chiappori, Thierry Magnac und Costas Meghir (2007): Collective Labour Supply: Heterogeneity and Non-Participation. *Review of Economic Studies*, 74, 417–445.
- Bobonis, Gustavo J. (2009): Is the Allocation of Resources within the Household Efficient? New Evidence from a Randomized Experiment. *Journal of Political Economy*, 117 (3), 453–503.
- Boll, Christina (2011a): Lohnneinbußen von Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Der Schattenpreis von Kindern und dessen mögliche Auswirkungen auf weibliche Spezialisierungsentscheidungen im Haushaltszusammenhang. Eine quantitative Analyse auf Basis von SOEP-Daten. Monografische Dissertationsschrift, Reihe Sozialökonomische Schriften (Hrsg.: Prof. Dr. B. Rürup und Prof. Dr. W. Sesselmeier). Frankfurt a. M., Verlag Peter Lang.
- Boll, Christina (2011b): Mind the gap – German motherhood risks in figures and game theory issues. *International Economics und Economic Policy*, 4 (8), 363–382.
- Boll, Christina, Holger Bonin, Irene Gerlach, Karsten Hank, Inga Laß, Marc-Undré Nehr Korn-Ludwig, Nora Reich, Karsten Reuß, Reinhold Schnabel, Ann Kristin Schneider, Holger Stichnoth und Christina B. Wilke (2013a): Geburten und Kinderwünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen. Hamburg.
- Boll, Christina, Susanne Hensel-Börner, Malte Hoffmann und Nora Reich (2013c): Wachsender Pflegebedarf in Hamburg – Situation erwerbstätiger Pfleger und Herausforderungen für Hamburger Unternehmen. HWWI Policy Paper 78. Hamburg.
- Boll, Christina, Alexandra Kloss, Johannes Puckelwald, Jan Schneider, Christina B. Wilke und Anne-Kathrin Will (2013b): Ungenutzte Arbeitskräftepotenziale in Deutschland: Maßnahmen und Effekte. Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM). Hamburg.
- Boll, Christina und Julian Sebastian Leppin (2012): Zeitverwendung von Eltern auf Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Kurzfassung eines Gutachtens im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). [www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Policy/HWWI\\_Policy\\_Paper-59\\_Kurzfassung.pdf](http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Policy/HWWI_Policy_Paper-59_Kurzfassung.pdf) (abgerufen am 30.8.2013).
- Boll, Christina, Julian Sebastian Leppin und Nora Reich (2014): Paternal childcare und parental leave policies: evidence from industrialized countries. *Review of Economics of the Household*, 12 (1), 129–158.
- Bonke, Jens und Martin Browning (2010): Allocation of Expenditures within the Household: A New Danish Survey. *Fiscal Studies*, 30 (3–4), 461–481.
- Bonke, Jens und Hans Uldall-Poulsen (2007): Why do Families Actually Pool their Income? Evidence from Denmark. *Review of Economics of the Household*, 5 (2), 113–128.
- Bourguignon, François, Martin Browning und Pierre-Undre Chiappori (2009): Efficient Intra-Household Allocations and Distribution Factors: Implications and Identification. *Review of Economic Studies*, 76, 503–528.
- Bourguignon, François, Martin Browning, Pierre-Undre Chiappori und Valerie Lechene (1993): Intra Household Allocation of Consumption: A Model and some Evidence from French Data. *Annales d’Economie et de Statistique*, 29, 137–156.
- Brines, Julie (1994): Economic Dependency, Gender und the Division of Labor at Home. *American Journal of Sociology*, 100, 652–688.
- Browning, Martin und Pierre-Undre Chiappori (1998): Efficient Intra-Household Allocations: A General Characterization und Empirical Tests. *Econometrica*, 66, 1241–1278.

- Browning, Martin, François Bourguignon, Pierre-Undre Chiappori und Valerie Lechene (1994): Income und Outcomes. A Structural Model of Intrahousehold Allocation. *Journal of Political Economy*, 102 (6), 1067–1096.
- Browning, Martin, Pierre-Undre Chiappori und Valerie Lechene (2006): Collective und unitary models: A clarification. *Review of Economics of the Household*, 4, 5–16.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB); Robert Bosch Stiftung (2005): The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (DIALOG – PPAS).
- Bundesministerium der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH (2013): (SGB) – Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I Seite 1014). [www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/sgb\\_11/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/sgb_11/gesamt.pdf). Sozialgesetzbuch (abgerufen am: 5.3.2013).
- Burda, Michael, Daniel Hamermesh und Philippe Weil (2013): Total work and gender: Facts und possible explanations. *Journal of Population Economics*, 26 (1), 239–61.
- Cherchye, Laurens, Bram De Rock und Frederic Vermeulen (2012): Married with Children: A Collective Labor Supply Model with Detailed Time Use and Intrahousehold Expenditure Information. *American Economic Review*, 102 (7), 3377–3405.
- Chiappori, Pierre-Undre (1988): Rational Household Labor Supply. *Econometrica*, 56, 63–89.
- Chiappori, Pierre-Undre (1992): Collective Labor Supply und Welfare. *Journal of Political Economy*, 100, 437–467.
- Chiappori, Pierre-Undre und Ivar Ekelund (2001): Household Demand: a Complete Characterization. Mimeo. University of Chicago.
- Chiappori, Pierre-Undre, Bernard Fortin und Guy Lacroix (2002): Marriage Market, Divorce Legislation, und Household Labour Supply. *Journal of Political Economy*, 110, 37–72.
- Cochard, François, Hélène Couprie und Astrid Hopfensitz (2009): Do Spouses Cooperate? Und If Not, Why? Working Paper 2009-10. University of Cergy-Pontoise.
- Cooke, Lynn Prince (2006): „Doing“ Gender in Context: Household Bargaining und Risk of Divorce in Germany und the United States. *American Journal of Sociology*, 112 (2), 442–472.
- Corijn, Martine, Aart C. Liefbroer und Jenny De Jong Gierveld (1996): It takes two to tango, doesn't it? The influence of couple characteristics on the timing of the birth of the first child. *Journal of Marriage und the Family*, 58, 117–126.
- DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (2011): Gemeinsames Konto: Wer mehr einbringt, bekommt auch mehr heraus. Pressemitteilung vom 7.7.2011.
- Eckhard, Jan und Thomas Klein (2012): Rahmenbedingungen, Motive und die Realisierung von Kinderwünschen. In: Hans Bertram und Martin Bujard (Hrsg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*. Baden-Baden, Nomos Verlag, Soziale Welt, Sonderband 19, 231–252.
- Fisher, Paul (2013): British Tax Credit Simplification, the Intra-household Distribution of Income und Family Consumption. Working Paper. University of Essex.
- Geyer, Johannes und Katharina Wrohlich (2013): Geschlechtsspezifische Wirkungen der Einkommensbesteuerung am Beispiel des Ehegattensplittings. In: U. Spangenberg und M. Wersig (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse steuern – Perspektivenwechsel im Steuerrecht*. Berlin, 83–94.
- Gildemeister, Regine (2004): Doing Gender: Soziale Praktiken der Geschlechterunterscheidung. In: R. Becker und B. Kortendiek (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden, 132–141.

- Görge, Luise (2014): The Power of Love: A Subtle Driving-Force for Unequalitarian Labour Division? Mimeo. Universität Hamburg.
- Gray, Jeffrey S. (1998): Divorce-Law Changes, Household Bargaining, and Married Women's Labor Supply. *American Economic Review*, 88, 628–642.
- Greenwood, Jeremy, Nezih und John A. Knowles (2003): More on Marriage, Fertility, and the Distribution of Income. *International Economic Review*, 44, 3, 827–862.
- Haberkern, Klaus (2007): Zeitverwendung und Arbeitsteilung in Paarhaushalten. *Zeitschrift für Familienforschung*, 19 (2), 159–185.
- Haddad, Lawrence und Ravi Kanbur (1992): Intrahousehold Inequality und the Theory of Targeting. *European Economic Review*, 36 (2), 372–378.
- Hener, Timo (2010): Do Couples Bargain over Fertility? Evidence Based on Child Preference Data. SOEP-Papers 323.
- Holst, Elke und Jürgen Schupp (2006): Einstellungen zur Berufstätigkeit der Frau und geschlechtsspezifische Arrangements der Geldverwaltung in Paarhaushalten. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Frankfurt a. M., New York, 2440–2449. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-143700> (aufgerufen am: 30.8.2013).
- Huinink, Johannes, Josef Brüderl, Bernhard Nauck, Sabine Walper, Luigi Castiglioni und Michael Feldhaus M. (2011): Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam): Conceptual framework und design. *Zeitschrift für Familienforschung*, 23 (1), 77–101.
- Iversen, Vegard, Cecile Jackson, Bereket Kebede, Alistair Munro und Arjan Verschoor (2011): Do Spouses Realise Cooperative Gains? Experimental Evidence from Rural Uganda. *World Development*, 39 (4), 569–578.
- Iyigun, Murat und Rundall Walsh (2007): Endogenous gender power, household labor supply und the demographic transition. *Journal of Development Economics*, 82, 138–155.
- Kalugina, Ekaterina Catherine Sofer und Natalia Radtchenko (2009): Intra-household Inequality in Transitional Russia. *Review of Economics of the Household*, 7 (4), 447–471.
- Kluwer, Esther S. (2011): Psychological Perspectives on Gender Deviance Neutralization. *Journal of Family Theory & Review*, 3, 14–17.
- Konrad, Kai und Kjell Erik Lommerud (2000): The bargaining family revisited. *Canadian Journal of Economics*, 33 (2), 471–487.
- Laisney, Francois (2002) (Hrsg.): Final Report for the EU Project „Welfare Analysis of Fiscal and Social Security Reforms in Europe: Does the Representation of Family Decision Processes Matter?“ Contract No: VS/2000/0776. Written for the European Commission, DG Employment und Social Affairs.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2006): Geldverwaltung und -verteilung in Paarbeziehungen. *Zeitschrift für Sozialreform*, 52 (4), 467–491.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, Hermann Gartner und Jutta Allmendinger (2006): The Allocation of Money in Couples: The End of Inequality? *Zeitschrift für Soziologie*, 35 (3), 212–226.
- Lundberg, Shelly und Robert Pollak (1993): Separate Spheres Bargaining at the Marriage Market. *Journal of Political Economy*, 101 (6), 988–1010.
- Lundberg, Shelly und Robert Pollak (2003): Efficiency in Marriage. *Review of Economics of the Household*, 1 (3), 153–167.

- Lundberg, Shelly, Robert Pollak und Terence J. Wales (1997): Do Husbands and Wives Pool their Resources? Evidence from the United Kingdom Child Benefit. *Journal of Human Resources*, 32, 463–480.
- Manser, Marilyn und Murray Brown (1980): Marriage und Household Decision-Making: A Bargaining Analysis. *International Economic Review*, 21, 31–44.
- McElroy, Marjorie B. (1990): The Empirical Content of Nash-Bargained Household Behaviour. *Journal of Human Resources*, 25 (4), 559–583.
- McElroy, Marjorie B. und Mary Jean Horney (1981): Nash-Bargained Household Decisions: Toward a Generalization of the Theory of Demand. *International Economic Review*, 22, 333–49.
- Myck, Michal, Olivier Bargain, Miriam Beblo, Denis Beninger, Richard Blundell, Raquel Carrasco, Maria-Concetta Chiuri, Francois Laisney, Valerie Lechene, Guisepppe Longobardi, Nicolas Moreau, Javier Ruiz-Castillo und Frederic Vermeulen, F. (2006): The Working Families' Tax Credit and some European tax reforms in a collective setting. *Review of Economics of the Household*, (4), 129–158.
- Ott, Notburga (1992): Intrafamily Bargaining and Household Decisions. Dissertation. Berlin, Springer.
- Ott, Notburga (1995): Fertility and Division of Work in the Family – a game theoretic model of household decisions. In: E. Kuiper und J. Sap (Hrsg.): *Out of the Margin. Feminist Perspectives on Economics*, 80–90.
- Parkman, Allen M. (1992): Unilateral Divorce and the Labor-Force Participation Rate of Married Women. *American Economic Review*, 82 (3), 671–678.
- Pavetic, Monika und Petra Stein (2011): Entscheidungsprozess zur Familiengründung in Partnerschaften. *Zeitschrift für Familienforschung*, 23, 5–23.
- Peters, Elizabeth (1986): Marriage and Divorce: Informational Constraints and Private Contracting. *American Economic Review*, 76 (3), 437–454.
- Phipps, Shelly und Peter Burton (1995): Social/institutional variables and behavior within households: An empirical test using the Luxembourg Income Study. *Feminist Economics*, 1, 151–174.
- Rasul, Imran (2008): Household Bargaining over Fertility: Theory and Evidence from Malaysia. *Journal of Development Economics*, 86, 215–241.
- Rosina, Alessandro und Marita Rita Testa (2009): Couples' First Child Intentions and Disagreement: An Analysis of the Italian Case. *European Journal of Population*, 25, 487–502.
- Rubalcava, Luis und Duncan Thomas (2000): Family Bargaining and Welfare. *Papers 00-10, RUND – Labor und Population Program*.
- Samuelson, Paul A. (1956): Social Indifference Curves, *The Quarterly Journal of Economics*, 70 (1), 1–22.
- Schneider, Julia, Miriam Beblo und Friederike Maier (2011): Ökonomische Bilanzierung eines Frauen- und eines Männerlebens in Deutschland. *Gender ... politik ... online*. Oktober 2011. [www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol\\_sys/gleichstellung/oekonomische\\_bilanzierung](http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/gleichstellung/oekonomische_bilanzierung) (abgerufen am: 30.8.2013).
- Schröder, Melanie, Norma Schmitt, Britta Mantei und Claudia Brünn (2013): Income Taxation and Labor Supply: An Experiment on Couple's Work Effort. *Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2013*.
- Sen, Amartya (1983): Economics and the Family. *Asian Development Review*, 1.
- Steurer, Miriam (2008): Children as Family Public Goods: Some Implications for Fertility, *School of Economics. Working Paper, University of New South Wales*.

- Testa, Maria Rita (2010): She wants, he wants: Couple's Childbearing Desires in Austria. Vienna Institute of Demography Working Papers 3/2010.
- Testa, Maria Rita, Laura Cavalli und Rosina Alessandro (2011): Couples' childbearing behaviour in Italy – which of the partners is leading it? Vienna Yearbook of Population Research, 9, 157–178.
- Thomson, Elizabeth (1997): Couple childbearing desires, intentions, and births. *Demography*, 34 (3), 343–354.
- Thomson, Elizabeth and Jan M. Hoem (1998): Couple childbearing plans and births in Sweden. *Demography*, 35 (3), 315–322.
- Tichenor, Veronica (2005): Maintaining Men's Dominance: Negotiating Identity and Power When She Earns More. *Sex Roles*, 53 (3/4), 191–205.
- Vermeulen, Frederic, Olivier Bargain, Miriam Beblo, Denis Beninger, Richard Blundell, Raquel Carrasco, Marie-Concetta Chiuri, Francois Laisney, Valerie Lechene, Nicolas Moreau, Michal Myck und Javier Ruiz-Castillo (2006): Collective models of labor supply with non-convex budget sets and non-participation: a calibration approach. *Review of Economics of the Household*, 4, 113–127.
- Wagner, Gert G., Joachim Frick und Jürgen Schupp (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution und Enhancements. *Schmollers Jahrbuch*, 127 (1), 139–169.
- Ward-Batts, Jennifer (2008): Out of the Wallet and into the Purse: Using Micro Data to Test Income Pooling. *Journal of Human Resources*, 43 (2), 325–351.
- Wells, Robin und Maria Maher (1996): Time and Surplus Allocation Within Marriage. Research Paper No. 1372. Stanford University.
- West, Cundace und Don H. Zimmermann (1987): Doing gender. *Gender and Society*, 1, 125–151.
- Westoff, Charles F. (2010): Desired Number of Children: 2000–2008. DHS Comparative Reports 25.
- Wrohlich, Katharina, Eva Berger, Johannes Geyer, Peter Haan, Denise Sengül, C. Katharina Spieß und Andreas Thiemann (2012): Elterngeld Monitor. Endbericht zum Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DIW Berlin.